



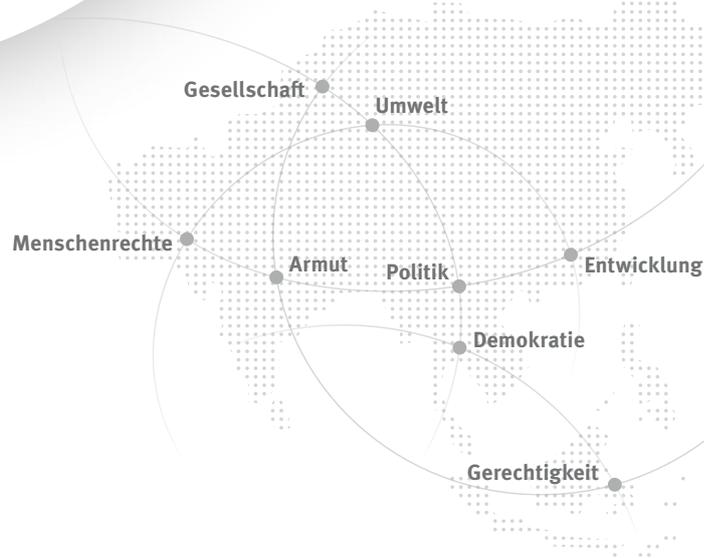
Stiftung  
**Asienhaus**



philippinenbüro e.V.  
im Asienhaus

# Blick Wechsel

Dezember 2021



## Krisenhilfe nur für Reiche – ökonomisches Verständnis, Bedeutung für Demokratie und Armutsbekämpfung in den Philippinen

Von Rainer Werning

Der philippinische Ökonom Sonny Africa berichtet im Interview über die grassierende Armut in den Philippinen, die weltweit wohl härtesten und längsten Lockdowns infolge der Covid-19-Pandemie, als auch über rabiaten Antikommunismus von Politiker:innen, die sich mehr um die ökonomische Stabilität für Menschen an der Spitze der Einkommenspyramide, als um ein Krisenmanagement kümmern. Africa erklärt die Notwendigkeit ökonomischer Zusammenhänge in den Philippinen und warum deren Verständnis neben dem politischen Wissen für die philippinische Bevölkerung von hoher Bedeutung ist.

**Was haben Sie beruflich gemacht, bevor Sie zu IBON stießen und deren Geschäftsführer wurden?**

Nach meinem Studienabschluss war ich in unterschiedlichen Bereichen der Entwicklungsarbeit tätig. Mein erster Job war in der Nationalen Planungsbehörde der Philippinen, wo ich mich

hauptsächlich mit der Abwicklung von staatlichen Krediten der Weltbank und der Asiatischen Entwicklungsbank befasste. Danach verbrachte ich viele Jahre in einer Nichtregierungsorganisation (NGO), die landesweit mit anderen NGOs und Basisorganisationen im Bereich von Gemeindeentwicklungen vernetzt war.

Das langjährige Engagement in Basisgemeinschaften und vor allem die Teilnahme an organisierten Kampagnen und Kämpfen der Menschen hinterließen bei mir einen starken Eindruck und prägten in besonderem Maße meinen weiteren Werdegang. Danach verbrachte ich einige Jahre als legislativer Mitarbeiter der Parteiliste Bayan Muna im Parlament. Das Internet fing gerade an, in großem Umfang genutzt zu werden, und so half ich dabei, die erste Nachrichten-Website der Philippinen einzurichten. Es folgten Jahre, in denen ich mitwirkte Bauern und Bäuerinnen zu organisieren, um ein Gleichgewicht der Macht auf dem Land zu bewirken. Im Jahr 2005 kam ich in die Forschungsabteilung von IBON und wurde schließlich zum Geschäftsführer ernannt.

**Jose Enrique A. „Sonny“ Africa** (52) ist geschäftsführender Direktor der IBON Foundation, einer unabhängigen Nichtregierungsorganisation, die seit 1978 Forschungs-, Informations- und Bildungsdienstleistungen für die Zivilgesellschaft in den Philippinen und im Ausland leistet. Er ist Vorstandsmitglied von *Altermidya*, ein Fellow des Center for People Empowerment in Governance (CenPEG) und des Center for Anti-Imperialist Studies (CAIS) sowie Redakteur des Online-Nachrichtenmagazins *Bulatlat*. Zuvor arbeitete er als Mitarbeiter der staatlichen National Economic and Development Authority (NEDA) und als Berater von Bauernorganisationen und linken Kongressabgeordneten.

Africa ist Autor zahlreicher Schriften zu sozio-ökonomischen und politischen Themen, die auch im Ausland veröffentlicht wurden – u. a. vom Asia-Pacific Research Network, dem African Network for Debt and Development und von Transparency International. Er war Hauptautor von Studien über Armutsprobleme und den Gesundheitssektor in den Philippinen sowie einer im Auftrag von UNICEF erstellten Studie über Kinder, Frauen und bewaffnete Konflikte in den Philippinen.

Von Haus aus Ökonom, erwarb Africa seinen Bachelor-Abschluss (BSc) in Philosophie und Wirtschaft sowie seinen Master-Abschluss (MSc) in Development Studies an der London School of Economics and Political Science (LSE).

## Was sind im Moment die Hauptaktivitäten von IBON?

Bei IBON ging es von Anfang an darum, ein Verständnis von Wirtschaft und Gesellschaft aus der Sicht und Perspektive der einfachen Menschen zu fördern. Wir hätten nicht so lange durchgehalten und wären nicht so bedeutsam, wenn wir nicht in den organisierten Auseinandersetzungen der Bäuerinnen, Bauern und Fischer:innen, der Arbeiter:innen und Beschäftigten des informellen Sektors, der Jugend und Student:innen, der Frauen, der Indigenen und anderer Aktivist:innen verankert wären. Wir tragen mit Forschung und Analysen zu ihren Kampagnen bei und führen Schulungen und Trainings durch. Wir setzen uns dafür ein, dass ihre Ideen so viele Menschen wie möglich erreichen, über Massenmedien, soziale Medien und eine partielle Zusammenarbeit mit der Regierung.

Ein weniger bekannter Teil unserer Arbeit umfasst die Bildungsarbeit in Schulen, im informellen Sektor und in Massenbewegungen. Wir erstellen Lehrbücher, Zeitschriften, Hintergrundmaterial und ergänzende Unterrichtsmaterialien für Schulen. Wir helfen auch bei der Entwicklung von Lehrplänen selbstorganisierter Gemeindeschulen der indigenen Lumad im südlichen Landesteil.

## Nach philippinischen Medienberichten werden Sie als Person und IBON als pro-kommunistisch gebrandmarkt? Was genau wird Ihnen vorgeworfen und von wem?

Die Regierung von Präsident Rodrigo Duterte versucht seit Anfang 2019 die Glaubwürdigkeit von IBON zu untergraben. Das begann damit, dass das Präsidialamt selbst unsere Daten und Analysen in Frage stellte. Sodann wurde uns vorgeworfen, wir unterstützten und finanzierten ‚Terrorismus‘. Dieser Vorwurf gipfelte in der weitreichenden Anschuldigung, dass wir Teil eines ‚kommunistisch-terroristischen‘ Komplotts seien, um die Regierung mit bewaffneten Mitteln zu stürzen. Wiederholt wurden unsere Mitarbeiter:innen von Militär und Polizei schikaniert. Unsere Büros wurden überwacht und wären fast von Sicherheitskräften gestürmt worden.

Als aktivste Verleumder:innen von IBON zeigen sich die beiden ehemaligen Sprecher:innen der Nationalen Task Force zur Beendigung des lokalen kommunistischen Konflikts (NTF-ELCAC), der Chef des Militärkommandos Süd-Luzon,



Generalleutnant Antonio Parlade Jr. (mittlerweile im Ruhestand), sowie Unterstaatssekretärin Lorraine Badoy vom Präsidentschaftlichen Kommunikations- und Koordinationsbüro (PCCO). Ihre Anschuldigungen werden ebenso pflichtbewusst wie begierig von Duterte's Trolle und den regierungsnahen Medien aufgegriffen.

**Was zeichnet Ihrer Meinung nach die gegenwärtige Regierung im Vergleich zu ihren Vorgängern in besonderer Weise aus?**

Die Duterte-Regierung zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass ihr oberster Repräsentant ein Musterbeispiel für den Autoritarismus des frühen 21. Jahrhunderts ist. Wie viele Autokrat:innen heute ist Präsident Duterte ein populistischer Demagoge, der seine Macht durch Wahlen erlangt hat und diese durch eine immer aggressivere Herrschaft und Munitionierung des Gesetzes ausbaut. Die Art und Weise, wie er und andere die sogenannten liberal-demokratischen Institutionen, die seit den 1980er Jahren weltweit gefördert werden, so leicht ausnutzen und dann untergraben, entlarvt eher deren Unzulänglichkeiten, Mittel für Menschen zu sein, ihr eigenes Leben zu kontrollieren.

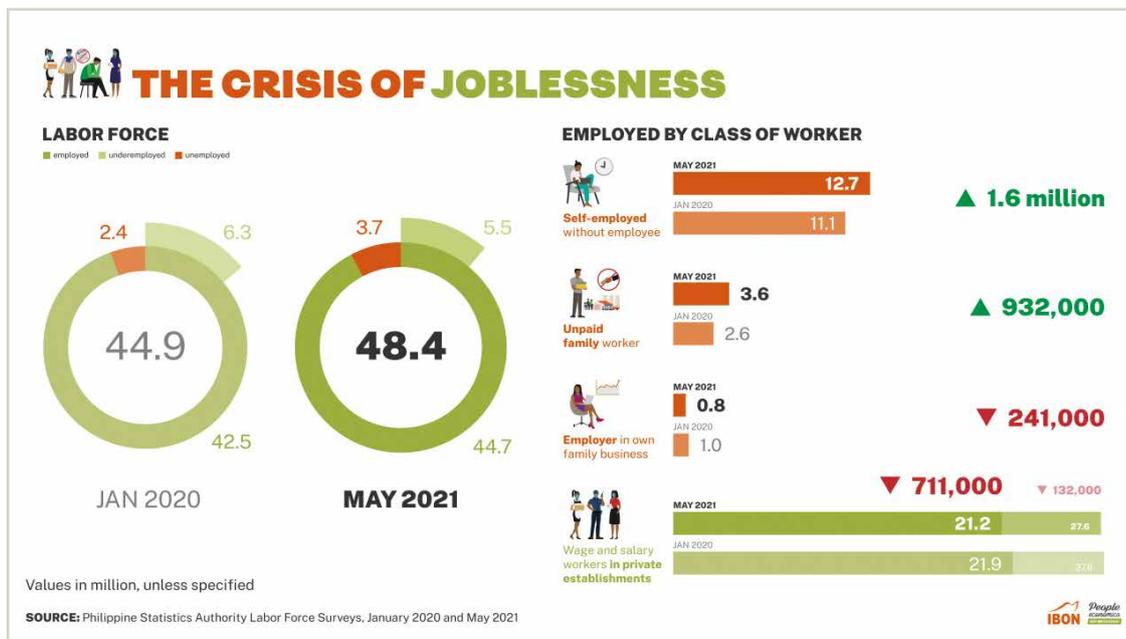
**Wie beurteilen Sie die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Leistungen während Duterte's Amtszeit, die ja nun bald sechs Jahre währt?**

Die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Rückschläge in nur fünf Jahren der Duterte-Regierung sind enorm.

Die Theatralik des Präsidenten beinhaltet eine Menge anti-oligarchischer, reformistischer und sogar nationalistischer Rhetorik, aber tatsächlich ist seine Regierung zutiefst neoliberaler Politik verpflichtet. Das Ergebnis ist entsprechend trist – der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der Wirtschaft ist so gering wie in den 1950er Jahren, und die Erträge der Landwirtschaft sind auf den niedrigsten Stand in der Geschichte des Landes gesunken. Die Arbeitslosigkeit ist schon vor der Pandemie auf einem Rekordhoch gewesen.

Dutertes aggressive unternehmer:innenfreundliche Agenda hat die Ungleichheit durch Unternehmensgewinne auf Kosten der einfachen Lohnarbeiter dabei noch vertieft. Die neoliberale Besessenheit von fiskalischer Sparsamkeit bedeutet inzwischen, dass lebenswichtige Gesundheits-, Bildungs- und andere öffentliche Dienstleistungen äußerst spärlich für die überwiegend arme und verletzte Bevölkerung

*Wohngebiet in Quezon City, viele Familien bzw. Personen wohnen auf wenigen Quadratmetern nebeneinander (Foto: Mirjam Overhoff)*



bereitgestellt werden. Das miserable COVID-19-Krisenmanagement der Regierung hat all diese Tendenzen nur noch verschlimmert.

*Dutertenomics* (Dutertes Wirtschaftspolitik) ist in ihrem Kern eine Kombination aus gewohnter neoliberaler Politik und harschem populistischem Autoritarismus. Dies hat dazu geführt, dass der enorme Ressourcenreichtum und die Autorität des Staates einzig genutzt werden, um die Profite und Interessen der großen Konzerne, einschließlich ausländischer Investor:innen, zu erhöhen. Einkommen und Vermögen werden steil und systematisch zugunsten ausländischer und inländischer kapitalistischer Eliten umverteilt.

Politisch gesehen sind die Angriffe des Staates unter Duterte auf die Masse der Bevölkerung gegenwärtig an Breite, Tiefe und Härte beispiellos – dies zumindest seit der Diktatur Ferdinand E. Marcos, zumal während des Kriegsrechts, das offiziell von 1972 bis 1981 währte. Vermeintliche oder tatsächliche politische Gegner:innen nicht nur in den Massenbewegungen, sondern auch in der Legislative, der Judikative, den Massenmedien, den Kirchen und der Privatwirtschaft werden frontal – notfalls gewaltsam – attackiert. Wie in anderen Ländern werden auch hier zunehmend drakonische Anti-Terror- und andere Sicherheitsgesetze und -vorschriften geschaffen und angewendet.

Die unmittelbaren Auswirkungen sind Bedrohungen für Einzelpersonen und Organisationen. Sozialer Aktivismus, Entwicklungsarbeit in den Gemeinden und die politische Interessenvertretung werden empfindlich gestört und behindert.

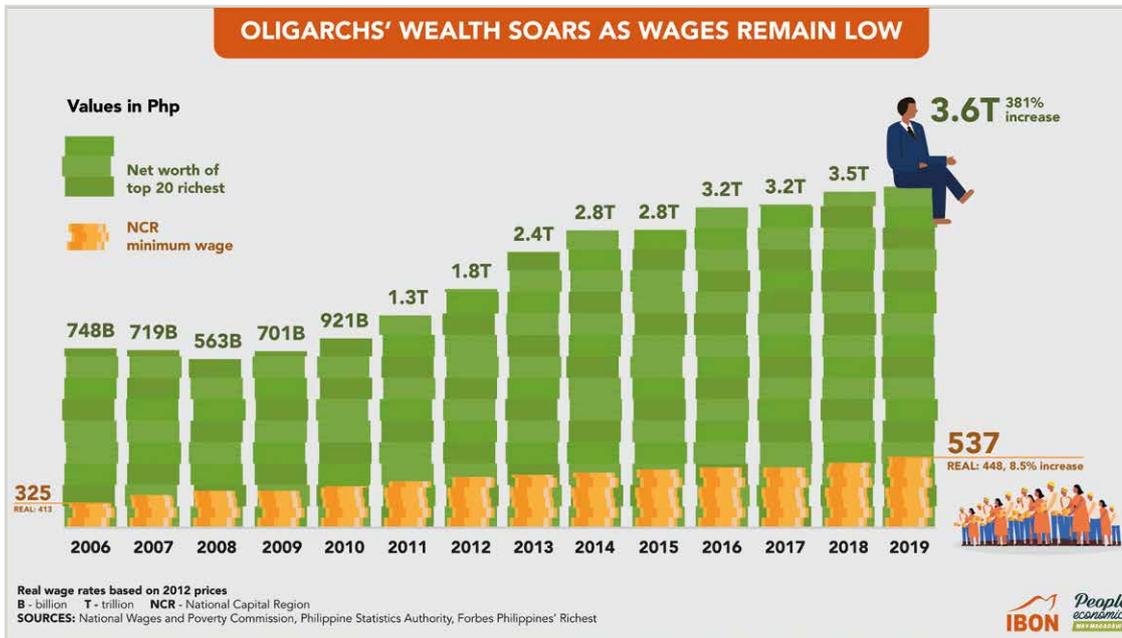
Es besteht aber auch langfristig die große Gefahr, dass sich die Machtverhältnisse zugunsten des Staates verschieben. Der Sperrklinkeneffekt<sup>1</sup> zahlreicher gesetzlicher Einschränkungen ist langanhaltend und wird schwer rückgängig zu machen sein. Diese werden auch nach dem Ausscheiden von Präsident Duterte aus dem Amt gravierende Auswirkungen haben.

**Können Sie einige Eckdaten zur aktuellen Einkommensverteilung, zu den Profiten der größten Unternehmen im Lande und zur Diskrepanz zwischen gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlöhnen und tatsächlich gezahlten Löhnen nennen?**

Mit 109,5 Millionen Filipin@s sind die Philippinen das weltweit dreizehnt bevölkerungsreichste von etwa 200 Ländern. Das bedeutet, dass die dem Kapitalismus innewohnende Ungleichheit ohnehin eine große Anzahl ausgebeuteter Menschen betrifft.

Es gibt etwa 24,8 Millionen philippinische Haushalte mit durchschnittlich jeweils 4,4 Personen. Die ärmsten 17,8 Millionen Familien verfügen über keinerlei Ersparnisse, während etwa sieben Millionen Haushalte zwar über Bankguthaben verfügen, die im Durchschnitt allerdings gerade mal 5,300 Peso (etwa 111 US-Dollar) ausmachen. Die ärmsten 1,3 Millionen Familien sind chronisch verschuldet. Auf der anderen Seite besitzen die 40 reichsten philippinischen Familien laut *Forbes Magazine* jeweils ein Nettovermögen zwischen 15 und 870 Milliarden Peso (295 Millionen bis 16,6 Milliarden US-Dollar).

## OLIGARCHS' WEALTH SOARS AS WAGES REMAIN LOW



Oligarchen werden immer reicher, während die Löhne niedrig bleiben (Graphik: IBON)

Allein die 50 reichsten Filipin@s verfügen über ein geschätztes Nettovermögen in Höhe von 4,1 Billionen Peso (79 Milliarden US-Dollar), eine Summe, die dem Vermögen der ärmsten 70 Millionen Filipin@s zusammen entspricht.

Die ärmsten 11,3 Millionen Familien (4,6 Prozent aller Familien) haben ein monatliches Einkommen von höchstens 22.000 Peso (460 US-Dollar) im Vergleich zu den reichsten 143.000 Familien (den obersten 0,6 Prozent), die über ein monatliches Einkommen ab zehn Millionen Peso (210.000 US-Dollar) beziehungsweise weit darüber hinaus verfügen. Selbst dies verschleiert jedoch, wie tief die Armut für die Ärmsten Filipin@s tatsächlich ist – die Hälfte der Bevölkerung verdient weniger als 22.000 Peso monatlich und die ärmsten 12 Prozent (2,9 Millionen Familien) kämpfen mit 11.000 Peso (230 US-Dollar) oder noch weniger ums nackte Überleben.

Diese Zahlen messen jedoch nur die Einkommensarmut. Zur Situation der überwältigenden Mehrheit der Filipin@s gehören außerdem aber auch das Fehlen angemessener Arbeitsplätze, mangelnde Bildung, schlechte Gesundheitsversorgung und miserable Wohnverhältnisse mit chronischer struktureller Gewalt, Verletzlichkeit und Ausbeutung. Die National Capital Region (NCR), das Ballungszentrum rund um die Metropole Manila, beherbergt 13 der am stärksten verstopften Städte der Welt, und die Hälfte der Familien quetscht sich dort in Häuser, die gerade mal die Größe von knapp zweieinhalb Parkplätzen aufweisen.

Annähernd drei Viertel (72 Prozent) der philippinischen Bevölkerung ist im informellen Sektor, in fragmentierten und verstreuten landwirtschaftlichen und Dienstleistungsaktivitäten, tätig. Diese Informalität bedeutet, dass sie weit jenseits von Mindestlohngesetzen und -regelungen leben und arbeiten. Allerdings ist die staatlich geförderte Lohnausbeutung auch in den Unternehmen stark ausgeprägt.

Die Arbeitsproduktivität wächst ständig, da neue Technologien eingesetzt werden und die Arbeiter:innen angehalten sind, immer mehr Mehrwert zu produzieren. Dennoch ist der vorgeschriebene Mindestlohn in der NCR in Höhe von aktuell 537 Peso (11,50 US-Dollar), der höchste im Land, real zwischen 2006 und 2020 um nur 3,4 Prozent gestiegen. Dies ist einer der Faktoren, der die Profite der landesweit Top-1000-Unternehmen im gleichen Zeitraum von 599 Milliarden Peso auf über 1,5 Billionen Peso indes um 143 Prozent ansteigen ließ. Die rund 280 Firmen, die an der philippinischen Börse (Philippine Stock Exchange) gelistet sind, schnitten sogar noch besser ab – ihre Profite verdreifachten sich im selben Zeitraum von 253 auf 769 Milliarden Peso. Nach den neuesten offiziellen Erhebungen und Berichten erhält knapp die Hälfte (46 Prozent) der Lohn- und Gehaltsempfänger:innen weniger als den Mindestlohn und ein Viertel (25 Prozent) erhält genau den Mindestlohn, der aber ohnehin für einen angemessenen Lebensunterhalt viel zu niedrig bemessen ist.

Die Unternehmensgewinne werden noch stärker steigen, da die Duterte-Regierung die Pandemie nutzt, um Unternehmenssteuern weiter

Einkaufen in Quezon  
City mit Corona  
Beschränkung (Foto:  
Ramona Bliss Gayo)



zu senken, da ansonsten zu viele Firmen in der Wirtschaftskrise kollabieren würden. Allein im Geschäftsjahr 2021 werden sich solche Gewinne um 133 Milliarden Peso (2,8 Milliarden US-Dollar) erhöhen, von denen der überwiegende Teil an die größten Firmen des Landes und an ausländische Investoren fließt.

Es scheint, dass es in Ihrem Land verschiedene Statistikbehörden gibt. Wie erklären Sie sich das und wie sind deren jeweilige Daten zu bewerten?

Die Regierung hat kürzlich ihre tatsächlich bestehenden verschiedenen statistischen Agenturen unter der Philippine Statistics Authority (PSA) konsolidiert. Die PSA ist für die Erstellung der makroökonomischen, volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, die Durchführung aller Volkszählungen und Umfragen, sektorale Statistiken und gemeindebasierte Statistiken sowie die Konsolidierung ausgewählter Verwaltungsunterlagen zuständig. Die PSA ist modern in dem Sinne, dass es einen großen Bestand an Statistiken über philippinische Sozial- und Wirtschaftsindikatoren gibt, über die andere Länder in der Region zum Beispiel nicht verfügen oder diese nicht so häufig publizieren.

Die Regierung ist eine wichtige Datenquelle, allein schon aufgrund der Tatsache, dass sie die einzige Instanz ist, die über die Ressourcen und die Autorität verfügt, nationale und lokale Daten zu generieren. Die Datenerhebung ist teuer

und außerdem sind viele Datenquellen, wie z.B. Unternehmen, nur bedingt auskunftsfreudig.

Das größte Problem der PSA ist die Auswahl der zu überwachenden Variablen. Viele wesentliche Dinge werden nicht häufig genug (wie z. B. Armut nicht nur in Bezug auf das Einkommen, sondern in ihren vielen Dimensionen oder mit Blick auf tatsächlich ausgezahlte Löhne) oder überhaupt nicht überwacht (wie z.B. das Vermögen von Haushalten oder Familien). Für IBON nehmen wir hier Schätzungen vor, die wir aus mehreren Quellen berechnen. Die Statistiken der PSA sind nach konventionellen Parametern eng gefasst: Die wirtschaftliche Produktion wird gemessen, nicht aber der damit einhergehende ökologische Ressourcenverbrauch. Die Investitionsstatistik unterscheidet kaum zwischen ausländischem und inländischem Kapital, so gibt die Außenhandelsstatistik beispielsweise nicht an, ob die importierende/exportierende Einheit ausländisch oder inländisch ist.

All dies unterstreicht den ideologischen Charakter der Daten- und Informationserhebung. Dies weist auch auf die Notwendigkeit hin, kritisch mit den vorliegenden Daten umzugehen, nach alternativen Datenquellen zu suchen und darauf zu achten, dass nicht versehentlich wichtige Aspekte von Phänomenen ignoriert werden, nur weil es dazu keine leicht zugänglichen Daten gibt.



**Welche Kriterien verwendet die Regierung derzeit, um beispielsweise Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung und Armut zu bestimmen?**

Die Regierung verwendet eine absurd niedrige Definition dessen, was es bedeutet, arm oder nicht arm zu sein. Die offiziellen Armutsgrenzen werden auf regionaler Basis berechnet (es gibt 17 Verwaltungsregionen) und reichen von 63 Peso (1,20 US-Dollar) bis 79 Peso pro Tag (1,50 US-Dollar) mit einem landesweiten Durchschnitt von 71 Peso (1,34 US-Dollar). Demzufolge hat die Regierung festgestellt, dass die durchschnittliche Filipin@ benötigt täglich nur 71 Peso, um den gesamten Bedarf an Nahrungsmitteln und anderen Gütern zu decken und nicht mehr arm zu sein. Gemäß diesem Kriterium zählt die Regierung lediglich 16,6 Prozent (17,6 Millionen Menschen) der Gesamtbevölkerung beziehungsweise nur 12,1 Prozent (drei Millionen Filipin@s) der Familien als ‚arm‘.

Eine Person gilt inzwischen als arbeitslos, wenn sie zwar zur Erwerbsbevölkerung zählt, aber derzeit nicht arbeitet. Man gehört zu den Erwerbspersonen, wenn man mindestens 15 Jahre alt und erwerbstätig ist oder erwerbstätig sein könnte (d.h. wenn man ein Einkommen in Form von Geld oder Sachbezügen anstrebt; Vollzeit-studierende, Hausfrauen: Hausmänner, Senior:innen und ähnliche Personen sind ebenfalls ausgeschlossen). Als beschäftigt gilt bereits jede Person, die in der vergangenen Woche auch nur

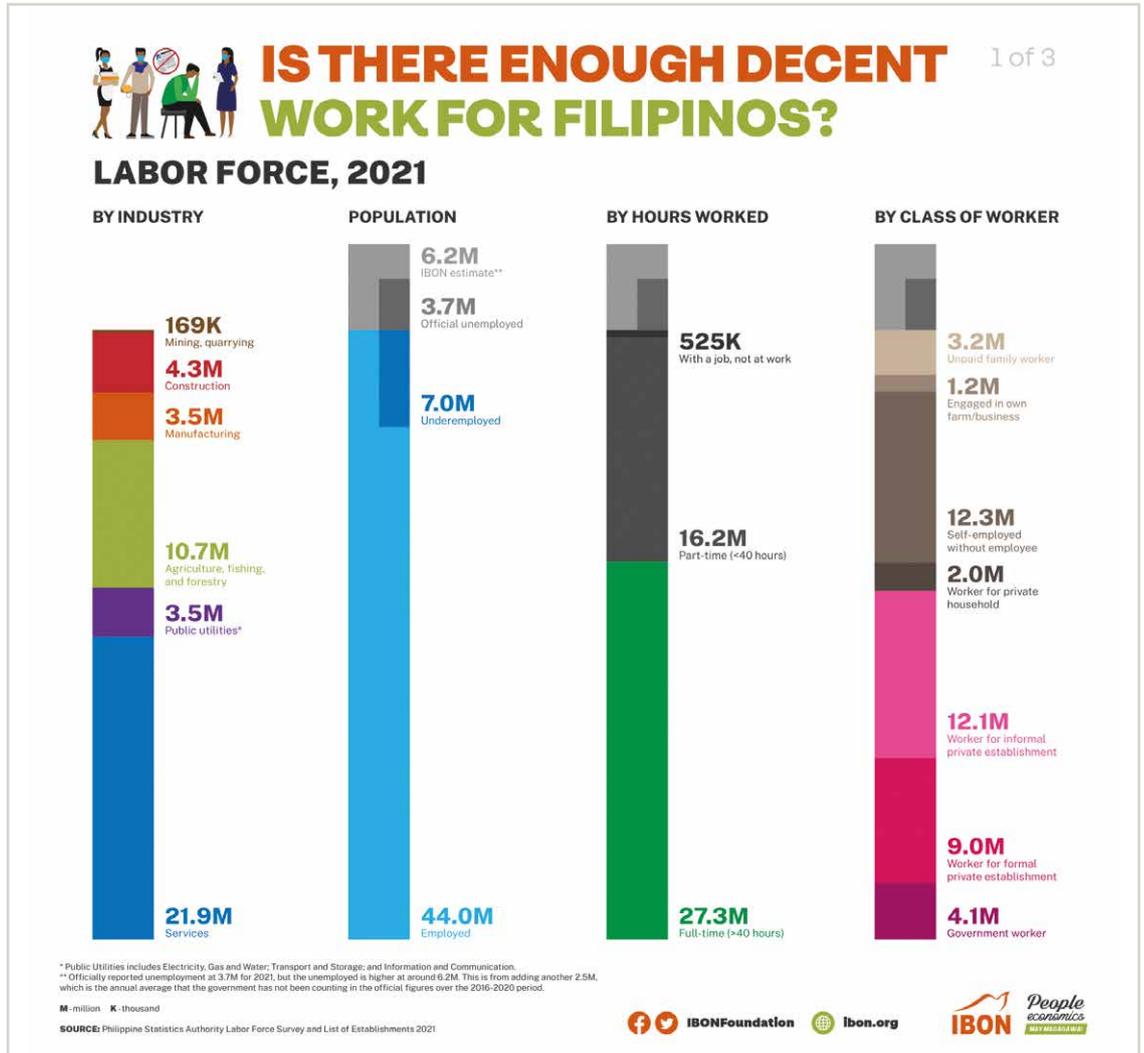
eine Stunde gearbeitet hat! Unterbeschäftigte sind jene, die mehr Arbeitsstunden, einen zusätzlichen Job oder einen neuen Arbeitsplatz mit mehr Arbeitsstunden wünschen.

Diese Definitionen implizieren eine Reihe von Gründen dafür, die offiziellen Zahlen kritisch zu interpretieren. Erstens ist die Definition von Beschäftigung tatsächlich so vage, dass große Teile unregelmäßiger, unsicherer, miserabel bezahlter und minderwertiger Jobs, die kaum zum bloßen Lebensunterhalt reichen, als Arbeit gezählt werden. Dies bläht die ‚Beschäftigung‘ auf und reduziert die Arbeitslosigkeit.

Zweitens hat die Regierung die Definition von Arbeitslosigkeit seit 2005 noch verschärft, sie verlangt, dass ein:e Arbeitslose:r in den letzten sechs Monaten Arbeit gesucht haben und in der Lage sein muss, sofort eine neue Arbeitsstelle anzunehmen. Dies hat zur Folge, dass die Zahl der offiziell als arbeitslos gemeldeten Personen erheblich sinkt, da Millionen tatsächlich arbeitsloser Filipin@s nicht als arbeitslos gelten, sondern aus der Erwerbsbevölkerung herausfallen. Wir von IBON schätzen, dass sich dadurch die offizielle Arbeitslosigkeit nahezu halbiert und die Arbeitslosenquote um drei bis vier Prozent reduziert wird. Die Regierung hat diese geänderte Definition benutzt, um eine Verbesserung der Beschäftigungssituation vorzutäuschen und die verheerenden Auswirkungen des Neoliberalismus auf die heimische Wirtschaft zu verschleiern.

**Bezüglich des bisherigen Kurses der Regierung in Manila die Covid 19-Pandemie effektiv zu bekämpfen, kommen zahlreiche internationale und regionale Wirtschafts- und Forschungsinstitute zu dem Schluss, dass die Philippinen das Schlusslicht in der gesamten asiatisch-pazifischen Region bilden. Was sind Ihrer Meinung nach Faktoren, die für diese Misere verantwortlich sind?**

Die Sparsamkeit der philippinischen Regierung in Bezug auf COVID-19 Maßnahmen spiegelt das politische System wider. Er gibt nicht das aus, was für die Eindämmung von COVID-19, für Gesundheitsmaßnahmen, für die Unterstützung notleidender Familien und Kleinunternehmen und anderes ausgegeben werden müsste. Das liegt daran, dass die Regierung trotz des schweren Schocks durch die Pandemie und die Abriegelung verhindern will, dass das nationale Staatsdefizit steigt und die Verschuldung zunimmt, um ihre Kreditwürdigkeit (Investment Grade) zu erhalten.



Bei der so genannten Kreditwürdigkeit geht es vor allem darum, die von ausländischen und inländischen Kapitalisten gewünschten stabilen Finanzströme zu gewährleisten. Diese Stabilität gewinnt besondere Bedeutung wegen der 1,1 Billionen Peso (23 Milliarden US-Dollar) an Infrastrukturausgaben, auf welchen die philippinische Regierung 2021 noch besteht – mit weiteren Billionen Peso in den kommenden Jahren. Der Kapitalfluss zur Finanzierung dieser Projekte muss sichergestellt werden. An vielen dieser Infrastrukturprojekte sind ausländische Auftragnehmer beteiligt, sie werden US-amerikanische, japanische, chinesische und europäische Zulieferer stimulieren und großen transnationalen Konzernen im Lande zugutekommen. Es wäre etwas anderes, wenn es sich um arbeitsintensive Projekte handelte, die Arbeit für Filipin@s schafften und eine Infrastruktur aufbauen würden, welche die heimische Wirtschaft dringend benötigte.

Die Regierung gibt auch nicht das aus, was sie ausgeben müsste, um den fiskalischen Spielraum zu haben, die Steuersenkungen auf Unternehmenseinkommen zu unterstützen. Die Sen-

kung der Körperschaftssteuer in Höhe von 133 Milliarden Peso bedeutet buchstäblich 133 Milliarden Peso (2,8 Milliarden US-Dollar) weniger für eine effektive Bekämpfung von COVID-19.

Außerdem hat die Regierung die Unterstützung für notleidende Familien ihrerseits als einen Akt von Nächstenliebe dargestellt. Anstatt die Verantwortung für das Wohlergehen derjenigen zu übernehmen, die am stärksten von der Pandemie und den rücksichtslosen Abriegelungen betroffen sind, versucht die Regierung, die Krankheit einzig mit Lockdowns einzudämmen. Hinzu kommt die fatale Vorstellung, monetäre Maßnahmen wie die Erhöhung der Liquidität seien die effektivsten Instrumente zur Steuerung der Wirtschaft.

Wie kann die Wirtschaft wieder angekurbelt werden, nachdem das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2020 um fast zehn Prozent geschrumpft ist?

Die unmittelbare Herausforderung besteht darin, die Wirtschaft von dem extremen Einbruch im vergangenen Jahr, der bis heute anhält, wiederzubeleben. Die Rekordzahl von hungernden, ar-

men und arbeitslosen Filipin@s seit dem Frühjahr 2020 hat sich nicht verringert. Die Erholung würde am besten dadurch vorangetrieben, dass man den ärmsten 70–80 Prozent der Filipin@s eine substanzielle Bargeld-Nothilfe zukommen ließe. Dies würde sowohl ihre Situation lindern – was um ihrer selbst willen wertvoll ist, da sie bereits all die Monate gelitten haben – als auch die wirtschaftliche Aktivität auf breiterer Ebene ankurbeln.

Die Steigerung der Gesamtnachfrage wird umso umfangreicher sein, je größer der fiskalische Stimulus ist. Die philippinische Wirtschaft ist zu etwa 70 Prozent konsumorientiert (der Rest entfällt auf Investitionen, Regierung und Nettoexporte). Die langen und harten Lockdowns haben vor allem den Konsum zum Erliegen gebracht, so dass dieser Aspekt der Wirtschaft große Aufmerksamkeit benötigt. Umso mehr, da ein Zusammenbruch des Konsums auch und gerade einen Zusammenbruch des ohnehin schon niedrigen Wohlstandsniveaus der Haushalte bedeutet.

Über die bloße Wiederbelebung oder Erholung hinaus besteht jedoch die Herausforderung, strukturelle und langfristige Reformen einzuleiten. Die halbfeudale philippinische Wirtschaft vor der Pandemie war rückständig, nicht industrialisiert, von Ausländern und Eliten do-

miniert, von Armut geprägt und ungleich. Dies ist keineswegs die Art von ‚Normalität‘, zu der die Philippinen zurückkehren sollten.

**Dieses Interview ist in einer Kurzversion am 21./22. August 2021 unter dem Titel „Dutertes Regierung ist neoliberaler Politik zutiefst verpflichtet“ in der Wochenendbeilage der Tageszeitung junge Welt erschienen.**

.....

#### Endnote

- 1 Nach James Duesenberrys Theorie beschreibt der „Sperrklinkeneffekt“ (auch Ratchet-Effekt) das Phänomen der proportionalen Zunahme an Konsumausgaben (im Verhältnis zu anderen Ausgaben) bei steigenden Einnahmen, während bei sinkenden Einnahmen die Konsumausgaben nicht im gleichen Maße sinken (Gabler Wirtschaftslexikon (2022): Ratchet Effect). In Bezug auf die Philippinen ist der Sperrklinkeneffekt durch gesetzliche Maßnahmen und deren Auswirkungen auf die Bevölkerung anwendbar. So hatten während des Lockdowns in der Coronapandemie staatliche Regulierungen Auswirkungen auf die Erwerbs- und Lebensverhältnisse der philippinischen Bevölkerung. Viele Haushalte sind von sinkenden Vermögenswerten betroffen, wobei durch die anhaltenden Lockdowns die Konsumausgaben gestiegen sind. Philippinische Familien und Haushalte sind durch diesen Effekt häufiger von Verschuldung betroffen und können in die Armut rutschen.

*Ausgewählte Statistiken zur philippinischen Erwerbstätigkeit, 2019-2020 (Graphik: IBON)*

Indicator	Official release		IBON estimates	
	2019	2020	2019	2020
<b>Total 15 years old and over</b>	<b>72,931</b>	<b>73,732</b>	<b>72,931</b>	<b>73,732</b>
<b>Labor Force</b>	<b>44,693</b>	<b>43,878</b>	<b>47,100</b>	<b>47,600</b>
Employed	42,429	39,378	42,429	39,378
Underemployed	5,933	6,395	5,933	6,395
Unemployed	2,263	4,500	4,710	8,235
<b>Not in the Labor Force</b>	<b>28,239</b>	<b>29,854</b>	<b>25,832</b>	<b>26,132</b>
Participation Rate	61.3	59.5	64.6	64.6
Employment Rate	94.9	89.7	90.1	82.7
Underemployment Rate	14.0	16.2	14.0	16.2
Unemployment Rate	5.1	10.3	10.0	17.3

*Note:* The official methodology for estimating unemployment rate was changed in 2005. Additional criteria to count as unemployed were added, which reduced the officially reported number of unemployed and the unemployment rate. IBON generates annual unemployment data from the PSA's microdata on the LFS using the old definition to make comparisons with previous periods possible.

**Source:** Philippine Statistics Authority Labor Force Survey

## Der Autor

Dr. Rainer Werning ist Politikwissenschaftler und Publizist mit den Schwerpunkten Südost- und Ostasien. Seit 1970 hielt er sich mehrfach für längere Studienaufenthalte in den Philippinen auf. Er ist Autor zahlreicher Publikationen über die Regionen und ehemaliger Lehrbeauftragter an den Universitäten Bonn und Osnabrück. Er ist u. a. Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat der Offenen Akademie sowie im Bereich Landesanalyse und Kultur als Philippinen- & (Nord-)Korea-Dozent an der Akademie für Internationale Zusammenarbeit (AIZ) in Bonn tätig.

## Das philippinenbüro e. V.

Das philippinenbüro ist ein unabhängiges, soziopolitisches Informationszentrum. Unsere Aufgabe ist es, Interessierten aktuelle gesellschafts- und entwicklungspolitische Hintergründe und Zusammenhänge zu den Philippinen aufzuzeigen. Neben der Informations- und Bildungsarbeit zu aktuellen Entwicklungen, vermittelt das Büro Kontakte zu zivilgesellschaftlichen Akteur:innen in den Philippinen.

## Die Stiftung Asienhaus

Die Stiftung Asienhaus folgt dem Leitbild »Menschen verbinden, Einsichten fördern, Zukunft gestalten« und trägt dazu bei, Brücken zwischen Zivilgesellschaften in Asien und Europa zu bauen. Sie setzt sich ein für die Verwirklichung der Menschenrechte, für die Stärkung gesellschaftlicher und politischer Teilhabe, sowie für soziale Gerechtigkeit und den Schutz der Umwelt.

### Impressum

#### Redaktion:

Mirjam Overhoff

#### V. i. S. d. P.:

Mirjam Overhoff  
philippinenbüro e. V.  
Hohenzollernring 52  
50672 Köln (Germany)  
Tel.: +49-221-716121-21  
philippinenbuero@asienhaus.de  
www.philippinenbuero.de

#### Gesamtausstattung:

Zaadstra Design  
(www.zaadstra.design)

Dieses Werk ist unter der Creative-Commons-Lizenz 4.0 (CC BY-SA 4.0) veröffentlicht.

### Gefördert von Engagement Global im Auftrag von:



**MISEREOR**  
IHR HILFSWERK

**Brot für die Welt** mit Mitteln des  
Kirchlichen  
Entwicklungsdienstes

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein das philippinenbüro verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.